Niemanden zurücklassen!
Für eine weltoffene, solidarische Gesellschaft – gerade jetzt!

***Wir**, das sind entwicklungspolitische Vereine und Initiativen, Landesnetzwerke, Weltläden, Migrantisch-Diasporische Organisationen und eine Stiftung in Ostdeutschland und Berlin. Wir arbeiten auf internationaler und kommunaler Ebene, in Städten wie in ländlichen Gebieten, mit unterschiedlichen Zielgruppen. Wir sind ehrenamtlich und hauptamtlich Engagierte aus diversen Kontexten, mit unterschiedlichen Erfahrungen und Geschichten. Die einen von uns sind selbst von Diskriminierung, Ausgrenzung und Rassismus betroffen, die anderen nicht. Diese Diversität bringt Herausforderungen mit sich, birgt jedoch auch viele Chancen. Gemeinsam sind uns unsere Werte und Prinzipien als Grundlage solidarischen Handelns sowie unsere Vision von einer weltoffenen, gerechten und nachhaltigen Gesellschaft. Die Bewahrung des Planeten durch eine sofortige Kursänderung in der Klima-, Energie- und Wirtschaftspolitik ist für uns elementar.*

30 Jahre nach dem Mauerfall – Rassismus und Nationalismus untergraben unsere entwicklungspolitische Arbeit

Laut UNHCR verließen 2018 weltweit über 70,8 Millionen Menschen ihre Heimat, um sich vor Krieg, Verfolgung und Gewalt in Sicherheit zu bringen. Lediglich 185.853 (BAMF) all dieser Menschen beantragten im gleichen Jahr Asyl in Deutschland – ein Bruchteil der Betroffenen. Die Wahrnehmung hierzulande weicht jedoch teilweise stark von dieser Realität ab: Rechtspopulist*innen, aber auch Politiker*innen der bürgerlichen Parteien instrumentalisieren Ängste vor Globalisierung, Migration und Privilegienverlust. Feindseligkeit und Ressentiments gegenüber Geflüchteten und Migrant*innen reichen weit in die Mitte der Gesellschaft und münden teils in offenkundigem Rassismus und gewaltsamen Übergriffen. Auch People of Color (PoC) ohne Migrations- oder Fluchterfahrungen, arme und wohnungslose Menschen und LGBTIQ*-Personen sind struktureller und persönlicher Diskriminierung, Ausgrenzung und Rassismus ausgesetzt. In Ostdeutschland ist die Lage dahingehend besonders gravierend: Gemäß der Leipziger Autoritarismus-Studie 2018 wirft beinahe die Hälfte (47,1%) der Befragten in den ostdeutschen Bundesländern Migrant*innen vor, den deutschen Sozialstaat auszunutzen – beinahe 15% mehr als im Westen. Im Schnitt werden in Ostdeutschland und Berlin täglich mindestens fünf Menschen Opfer rechter Gewalt. Und auch der Zulauf zu rechten Parteien und Bewegungen zeichnet sich im Osten besonders deutlich ab. Das dreißigjährige Jubiläum des Mauerfalls, welches dieses Jahr gefeiert wird, kann nicht über den großen Spalt hinwegtäuschen, der sich noch immer durch die deutsche Gesellschaft zieht. Die fehlende Anerkennung ostdeutscher Lebensleistungen, bestehende ungleiche Vergütung, Industrie- und Produktionsabbau im Osten nach 1990, ein antifaschistisches Selbstverständnis der DDR bei gleichzeitiger Ausblendung ostdeutsch-migrantischer Lebensrealitäten von Studierenden, Vertragsarbeiter*innen und Geflüchteten und ein damit einhergehender fehlender Schutz vor rassistischer Gewalt, aber auch der Import von Nazi-Kadern und Konservatismus nach 1990 sind einige Gründe für die recht hohe Zustimmung zu rechtspopulistischen, autoritären bis rassistischen Einstellungen in Ostdeutschland.

Die Zivilgesellschaft hält dagegen

Doch die oben genannten Entwicklungen stoßen auf Widerstand. Unter dem Motto „Wir sind mehr" erhoben am 3. September 2018 mehr als 65.000 Menschen ihre Stimme gegen die von Rechten und Rechtsextremen initiierten Ausschreitungen in Chemnitz. Das breite zivilgesellschaftliche Bündnis #unteilbar schaffte es 2018 in Berlin, mehr als 240.000 Befürworter*innen von Freiheit und Demokratie, von Gerechtigkeit und Solidarität zu mobilisieren. In Erfurt versammelten sich am 1. Mai 2019 zwischen 8.000 – 10.000 Menschen im breiten Bündnis „Zusammenstehen" zu einer antirassistischen Demonstration als konkrete Antwort auf einen rechtspopulistischen Aufruf zum „nationalen 1. Mai". Und am 24.8.19 findet in Dresden eine bundesweite Demonstration „Für eine offene und freie Gesellschaft – Solidarität statt Ausgrenzung" statt.

Wir als ostdeutsche entwicklungspolitische Akteure positionieren uns – nicht nur im Rahmen unserer alltäglichen Projektarbeit, sondern auch im Dialog mit Dritten, die wir mit diesem Papier ansprechen. Eine explizite Erklärung entwicklungspolitischer Organisationen fehlt unseres Erachtens, wir machen hier den Anfang einer unmissverständlich klaren Positionierung: Ausgrenzung, Chauvinismus und Rassismus stehen im klaren Widerspruch zu unseren zentralen Werten und Prinzipien von Menschenrechten, Würde, Solidarität und sozialer Gerechtigkeit. Für diese Werte und Ideale haben sich auch in der DDR viele Menschen in der bürgerrechtlichen, kirchlichen und staatlichen Solidaritätsarbeit eingesetzt und tun dies auch weiterhin jeden Tag!
Wir stellen uns klar gegen all jene, die Hass und Vorurteile schüren. Wir zeigen Solidarität mit all jenen, die von Diskriminierung, Rassismus und Ausgrenzung betroffen sind. Dazu zählen auch Menschen, die in Armut leben oder aufgrund ihrer sexuellen Orientierung, Religion und Identität ausgegrenzt werden. Solidarität bedeutet sich darüber klar zu werden, dass alle unterschiedlichen Diskriminierungserfahrungen „zusammengedacht" und bekämpft werden müssen, damit eine solidarische Gesellschaft möglich ist. Nur wenn dies geschieht, kann Ausgrenzung und Diskriminierung effektiv entgegengewirkt werden.

Wir sind mitverantwortlich für Zerstörung, Ausbeutung und Flucht – deswegen müssen wir handeln

2015 verabschiedeten die Vereinten Nationen die Agenda 2030, die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung vorgibt. Gerichtet ist die Agenda nicht nur an die Länder des Globalen Südens, sondern auch an den Norden. Denn Nachhaltigkeit und globale Gerechtigkeit kennen keine Grenzen! Auch die deutsche Gesellschaft (Politik, Wirtschaft, Medien, Zivilgesellschaft) hat ihren Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung zu leisten. Durch unsere Konsumgewohnheiten, unsere Produktions- und Wirtschaftsweisen und unseren Lebensstil tragen wir alle wesentlich zum Klimawandel, zu Verarmung und ökonomischer Perspektivlosigkeit bei und sind somit mitverantwortlich für Fluchtursachen. Auch die Kolonialgeschichte, die mit der systematischen Ausbeutung und kulturellen Enteignung ganzer Staaten einherging, spiegelt sich bis heute in globalen Wirtschafts- und Machtbeziehungen wider. Folglich müssen wir uns für die Aufnahme und gesellschaftliche Einbindung der Menschen verantwortlich fühlen, die die Folgen unseres Handelns zu tragen haben. Das Prinzip der Solidarität mit Menschen, die von Not, Unterdrückung, Verfolgung oder Gewalt betroffen sind, gilt als Grundwert und Antriebskraft der entwicklungspolitischen Arbeit. Dabei spielen Herkunft, Gesinnung, Nationalität und Hautfarbe keine Rolle. Der Kampf von Menschen mit Migrations- oder Fluchterfahrung und PoC für die Teilhabe an einer offenen, gerechten und solidarischen Gesellschaft ist unser aller Aufgabe. Den Grundsatz der Agenda 2030 „Niemanden zurück zu lassen" nehmen wir ernst und erwarten das Gleiche auch von Regierung und Verwaltungen.

Was können wir tun?

Mit unseren Erfahrungen und Kompetenzen sind wir insbesondere auf kommunaler Ebene gefragt, dort aktiv zu werden. Wir wollen gemeinsam mit Politik und Verwaltung arbeiten, die manches Mal überfordert sind, Maßnahmen im Sinne einer inklusiven und gerechten Gesellschaft umzusetzen und dabei insbesondere Menschen mit Migrations- oder Fluchthintergrund und PoC einzubeziehen. Unsere interkulturellen Kompetenzen und Internationalität, eigene Flucht- und Migrationserfahrungen, Wissensschätze, Sensibilität für Menschen aus unterschiedlichen Kontexten und deren Lebenssituation, Landes- und Sprachkenntnisse, Mediationstechniken, Konfliktbearbeitungsstrategien und Erfahrungen im Projektmanagement qualifizieren uns als Akteure in der Beratungs-, Bildungs- und Informationsarbeit sowie der politischen und kulturellen Arbeit. Insbesondere Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte sowie PoC sind als entwicklungspolitische Akteure gefragt, da sie aufgrund ihrer persönlichen Erfahrungen glaubwürdig wahrgenommen werden und somit häufig einen schnelleren und besseren Zugang zu den Zielgruppen haben.

Rassismus, Rechtspopulismus, Nationalismus und Ausgrenzung untergraben unsere entwicklungspolitische Arbeit und Wirkungen. Deswegen und als Teil einer wehrhaften und handlungsfähigen Zivilgesellschaft, die eine weltoffene, solidarische, gerechte und nachhaltige Gesellschaft anstrebt, **fordern wir**:

- Lokal-, Landes- und Bundespolitik soll Rassismus entschieden entgegentreten. Die Zivilgesellschaft, die Rassismus bekämpft, soll gestärkt und nicht in ihrem Engagement behindert werden.

- Politik, Verwaltung und Fördereinrichtungen müssen die Beiträge von Migrant*innen, PoC und Geflüchteten bei der Gestaltung einer weltoffenen, solidarischen und gerechten Gesellschaft deutlich stärker würdigen und entsprechende Ressourcen bereitstellen.

- Politik muss die ländlichen Regionen für alle, die dort leben wollen oder müssen, attraktiver gestalten. Statt weiterem Abbau der Daseinsvorsorge fordern wir Investitionen in starke, resiliente und anpassungsfähige Regionen.

- BMZ, Länder und private Geldgeber müssen die hier beschriebene zivilgesellschaftliche Arbeit offiziell und definitorisch als Teil der entwicklungspolitischen Bildungs- und Inlandsarbeit anerkennen.

➤ ***Um unserer Positionierung und den Forderungen Sichtbarkeit zu verleihen, fordern wir alle entwicklungspolitischen Vereine und Initiativen aus Ostdeutschland und aus dem ganzen Bundesgebiet auf, sich mit einem starken entwicklungspolitischen Block an der Demonstration „Für eine offene und freie Gesellschaft – Solidarität statt Ausgrenzung" am 24.08.2019 in Dresden zu beteiligen!***

Liste der Unterzeichner:

Eine-Welt-Landesnetzwerk Mecklenburg-Vorpommern e.V. | Eine Welt Netzwerk Sachsen-Anhalt e.V. | Eine Welt Netzwerk Thüringen e. V. | ENS - Entwicklungspolitisches Netzwerk Sachsen e.V.| VENROB – Verbund Entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs e.V. | Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag e.V. | Stiftung Nord-Süd-Brücken

Liste weiterer Unterzeichner (Einzelorganisationen):

Adopt a Revolution | Afrikas Renaissance und Wiederaufbau e.V. | aha-anders handeln e.V. | Akifra - Aktionsgemeinschaft für Kinder und Frauenrechte e.V. | Aktion Eine Welt e.V. | Afrikanischer Muslimkreis AMK e.V. | arche noVa – Initiative für Menschen in Not e.V. | Ayni-Verein für Ressourcengerechtigkeit e.V. | Baobab Berlin e.V. | Berlin-Brandenburgische Auslandsgesellschaft e.V. | BluoVerda Deutschland e.V. | Brandenburgisch-Georgische Gesellschaft e.V. | Carpus e.V. | CGW e.V. | Deseret Foundation e.V. | Deutsch-Afrikanische Zusammenarbeit e.V. (DAZ) | Diakonisches Werk Teltow-Fläming e.V. | dindingo - Gambia e.V. | Eine Welt e.V. Leipzig | elements e.V. | ESTAruppin e.V. | FABRO e.V. | Fair-Handels-Beratung Brandenburg | Fördern durch Spielmittel e.V. | Frauenclub Viet Hong e.V. | Friedenskreis Halle e.V. | Georgisch-Deutscher Kulturverein in Thüringen e.V. | Gesellschaft für Entwicklung International Sachsen e.V. | Gesellschaftsspiele e.V. | glokal e.V. | GrlStuF e.V. | Gesellschaft für solidarische Entwicklungszusammenarbeit (GSE) e.V. Berlin | Gesellschaft für solidarische Entwicklungszusammenarbeit Mecklenburg-Vorpommern e.V. | Hand in Hand e.V. | Haus der Begegnung Lüssow e.V. | HochVier - Gesellschaft für politische und interkulturelle Bildung e. V. | Hope Foundation e.V. | ICJA Freiwilligenaustausch weltweit e.V. | Initiative Perspektivwechsel e.V. | INKOTA-netzwerk e.V. | Integrationsgemeinschaft ausländischer Erwerbstätiger (IAE) e.V. | KATE e.V. |Kinderhilfe Westafrika e.V. | KMGNE - Kolleg für Management und Gestaltung nachhaltiger Entwicklung gGmbH | Know-How Global e.V. | kolko - Menschenrechte für Kolumbien e.V. | Konzeptwerk (Neue Ökonomie e.V. | Kreisjugendring Mecklenburgische Seenplatte e.V. | Kulturwerk deutscher Schriftsteller Sachsen-Anhalt e.V. | Landesarbeitsgesellschaft politisch-kulturelle Bildung Sachsen (pokuBi) | Landesnetzwerk Afrikanischer Vereine (LAV) e.V. | Lateinamerika Arbeitskreis Tierra Unida | Lehniner Institut für Kunst und Kultur e.V. | Loewenherz e.V. | LOTUS international e.V. | Leapfrog e.V. | MEPa e.V. | moveGLOBAL e.V. | Nepalmed e.V. | Netzwerk für Demokratische Kultur e.V. | NARUD e.V. (Netzwerk für Teilhabe und nachhaltige Entwicklung) | Ökohaus e.V. | Ökumenischer Arbeitskreis Eine Welt e.V. | Paulo Freire Gesellschaft | PowerShift e.V. | Projekthof Karnitz e.V. | Sagart e.V. | SAIDA International e.V. | schrankenlos e.V. | SODI e.V. | Soziale Bildung e.V. | Spirit of Football e.V. | Stiftung Wald schafft Zukunft | STRAZE, Zentrum für Kultur, Bildung und Teilhabe, Greifswald | Tansania Hilfe Erfurt e.V. | Therapie für Prithipura e.V. | The Village Scribe Association e.V. | Tierra – Eine Welt e.V. | Tutmonde e.V. | Umweltbüro für Berlin-Brandenburg e.V. | verquer. Vielfältige Bildung in Vorpommern | Weltblick e.V. | Weltladen LOCODEMU Sömmerda | YOOW e.V. – Young and Old for One World